

Bern

Die Uni und die Stadt Bern sind «blau»

Bern ist als erste Stadt Europas mit einem Wasser-Label ausgezeichnet worden. Dafür war nicht viel mehr als ein symbolträchtiges Bekenntnis zum Leitungswasser nötig. Flaschenwasser wird nicht verbannt.

Janina Gehrig

Stolz haben sich gestern Stadtpräsident Alexander Tschäppät und Martin Täuber, Rektor der Universität Bern, über ein Tischchen im Erlacherhof gebeugt, um ihre Unterschrift auf das Zertifikat zu setzen, das ihnen soeben überreicht worden war. Die Stadt Bern ist mit dem Label «Blue Community», die Universität als «Blue University» ausgezeichnet worden. Und zwar von Maude Barlow, Trägerin des alternativen Nobelpreises und Präsidentin des Council of Canadians, einer kanadischen Organisation für soziale und ökologische Gerechtigkeit.

Damit verpflichten sich Stadt und Universität als erste Institutionen ausserhalb Kanadas zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Wasser. Sie setzen sich etwa dafür ein, dass die Wasserversorgung Aufgabe der öffentlichen Hand ist und bleibt. Ferner anerkennen sie das Menschenrecht auf Wasser und fördern das Trinkwasser aus der öffentlichen Infrastruktur. Dass die formulierten Massnahmen nicht genau mit jenen übereinstimmen, die ursprünglich als Voraussetzung für das Label definiert wurden, blieb gestern unerwähnt: Im Handbuch des Blue-Community-Projekts steht, wer das Label erhalten wolle, solle auch den Verkauf von Flaschenwasser in öffentlichen Gebäuden und an öffentlichen Anlässen verbieten.

Gemeinderat ohne Mineralwasser

So weit müssen die Berner nicht gehen, um die Auszeichnung zu erhalten. «Verbieten können wir den Verkauf von Flaschenwasser nicht», sagte Tschäppät im Anschluss an die Medienkonferenz. Das sei auch nicht das Ziel. Vielmehr gehe es darum, ein Bewusstsein zu schaffen dafür, dass sich die Konzerne nicht die Wasserrechte unter den Nagel reissen dürften. Die Stadt erfülle die zentralen Forderungen der internationalen Initiative: Jeder Berner habe Zugang zu bezahlbarem Trinkwasser, und die Wasserversorgung sei eine öffentliche Aufgabe der Stadt. «Zudem hat der Gemeinderat entschieden, an Sitzungen und in den Büros der Stadtverwaltung so weit wie möglich auf Mineralwasser zu verzichten.» Auch an öffentlichen Veranstaltungen soll Leitungswasser erhältlich sein, ohne dass dieses an einem Stand bestellt



Die Stadt Bern beteiligt sich an einer internationalen Wasserinitiative, die Wasser als öffentliches Gut betrachtet. Foto: Valérie Chételat

werden müsse. Denn schliesslich brauchen Abfüllung, Verpackung und Transport von Flaschenwasser bis zu tausend Mal mehr Energie als die Verteilung der gleichen Menge Leitungswasser, sagte Tschäppät. «Aber wir können noch mehr machen.» Die Stadt setze sich auch künftig für internationale Wasserprojekte ein, wie sie dies etwa für ein Trinkwasserprojekt im Norden Vietnams bereits getan habe.

Vom Campus verbannt

In den USA und in Kanada haben die mit dem blauen Label versehenen Hochschulen und Universitäten die mit Wasser abgefüllten Plastikflaschen gänzlich vom Campus verbannt. Sie sind weder an Kiosken noch in den Mensas oder über die Automaten mehr erhältlich. Dafür bekommen Erstsemestriker im Will-

kommenspaket eine Flasche aus Metall und einen Plan mit den Wasserfüllstationen mitgeliefert.

Nicht so an der Uni Bern. Dort erhalten Erstsemestriker noch immer ein T-Shirt geschenkt. «Im Moment sind wir noch nicht so weit. Es ist aber ein sinnvolles Ziel, den Verkauf von abgepacktem Wasser zu minimieren», sagte Rektor Martin Täuber. Auch die Universität lege Wert darauf, Studierenden einen einfachen Zugang zu Leitungswasser zu gewähren. «Wo immer möglich, bauen wir Lavabos ein, bei denen man seine Flasche füllen oder direkt trinken kann.» Auch in den Mensas könne Leitungswasser bezogen werden. Ihr Hauptbeitrag leiste die Uni jedoch in der Forschung. Es brauche aber auch einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource. So sei der Wasserverbrauch an der Uni

innert 15 Jahren um mehr als die Hälfte reduziert worden.

Teil der Schweizer Kultur

Für Maude Barlow hat das Label in seiner abgeschwächten Form nicht an Wert verloren. «Das Konzept kann angepasst werden.» Es sei ein grosser Schritt für das Land des Trinkwasser-Abfüllers Nestlé, sich für den Schutz des Leitungswassers als öffentliches Gut einzusetzen. Das Bekenntnis sei wegweisend für ganz Europa. Zudem, gab Barlow zu bedenken, sei auch der Verbannung der Wasserflaschen in Nordamerika ein zehnjähriger Prozess vorausgegangen. In der Schweiz sei das Trinken von Mineralwasser Teil der Kultur, genauso wie das Recyclieren der PET-Flaschen. Deshalb sei es hier auch schwieriger, ein Verbot von abgepacktem Wasser zu erlassen.

Vorbild Kanada

Die 14-jährige Kanadierin, die den Weltkonzern Nestlé das Fürchten lehrt

Schülerin bringt kanadische Gemeinden dazu, Wasser in Flaschen zu verbieten.

Romeo Regenass

Wie schafft es eine 14-jährige Schülerin, die PR-Abteilung des Lebensmittelriesen Nestlé nervös zu machen? Sie weibelt dagegen, dass Grundwasser abgepumpt, in Flaschen abgefüllt, über Tausende von Kilometern transportiert und für viel Geld verkauft wird. So geschehen in der Provinz Ontario in Kanada, wo Robyn Hamlyn mit viel Überzeugungsarbeit bei Stadtvätern dafür gesorgt hat, dass ein Dutzend Gemeinden der Initiative «Blue Community» beitreten: Sie anerkennen das Menschenrecht auf Wasser, setzen sich ein für eine öffentliche Wasserversorgung und verkaufen kein Flaschenwasser in öffentlichen Einrichtungen sowie an Gemeindeanlässen.

John B. Challinor von Nestlé Waters Canada weiss genau, was Hamlyn zu tun hat: «Es gibt eine ganze Reihe von Initiativen, auf die sich Hamlyn und andere

statt der Angriffe auf Flaschenwasser konzentrieren sollten: zum Beispiel die Regierung auffordern, Wasserleitungen besser zu unterhalten.» In Leserbriefen an Lokalzeitungen hat der Nestlé-Mann für Hamlyn weitere Tipps auf Lager. Kein Wunder: Vor allem mit ihrer Marke Pure Life - in Kanada das meistverkaufte Flaschenwasser - verdienen die Schweizer viel Geld. Denn für abgepumptes Grundwasser zahlt Nestlé wenig bis gar nichts. In British Columbia zum Beispiel sorgte Nestlé vor Monatsfrist für Schlagzeilen: 265 Millionen Liter pumpt der Konzern aus einer Quelle, ohne dafür einen Cent zu zahlen. Im Laden kostet der Liter Trinkwasser womöglich mehr als ein Liter Benzin. British Columbia ist allerdings die einzige Provinz, in der Wasser zum Nulltarif abgepumpt werden kann. Nestlé wäre laut ihrem Sprecher Challinor bereit, für das Wasser zu zahlen.

Dokfilm als Auslöser

Hamlyn begann sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Wasser zu engagieren, nachdem sie 2011 in der

Schule den Dokumentarfilm «Blue Gold: World Water Wars» gesehen hatte. Der Film veranschaulicht, weshalb Nordamerika und die Welt spätestens 2025 eine Wasserkrise erleben werden. «Bevor ich den Film gesehen hatte, war mir überhaupt nicht bewusst, dass es auf der Welt zu wenig Wasser gibt», sagte die Schülerin der Lokalzeitung «St. Catharines Standard». Das habe sie erschreckt. «Wir laufen Gefahr, unter Wassermangel zu leiden oder einen Weltwasserkrieg zu erleben. Da wollte ich was dagegen tun, und jetzt glaube ich, tatsächlich etwas erreicht zu haben.»

Nestlé wird ebenso wie Coca-Cola und Pepsi-Cola, die beide grosse Teile ihres Umsatzes mit Flaschenwasser erzielen, in Nordamerika und anderswo auf der Welt immer wieder angegriffen, weil die Getränkedivision des Konzerns für wenig oder gar kein Geld Grundwasser anzapft, abfüllt und dann mit exorbitantem Gewinn weiterverkauft. Wasseraktivisten werfen den Konzernen zum Teil vor, mit ihrer Tätigkeit den Grundwasserspiegel abzusenken und

die lokale Wassersituation zu beeinträchtigen. Nestlé sagt, man betreibe eine nachhaltige Wasserpolitik.

Zürich hat Beitritt abgelehnt

In Zürich haben die Grünen im März die Stadt zum Beitritt zur «Blue Community»-Initiative aufgefordert. Ihr Postulat entspricht exakt der Forderung der kanadischen Wasserinitiative. So steht darin: «In der Zürcher Verwaltung wird auf Flaschenwasser verzichtet und ausschliesslich Trinkwasser aus dem Wasserhahn angeboten.» Der Stadtrat hat das Postulat aber nicht entgegengenommen. Andres Türler, Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, wird den Entscheid demnächst im Gemeinderat begründen. Simon Kälin, Gemeinderat der Grünen, bedauert die Ablehnung. «Die Stadt scheint das Trinken von Leitungswasser nicht fördern zu wollen. Unlängst wurden auch die beliebten Wasserspender aus Spargründen aus dem Budget gestrichen.»

Dok-Film: auf www.youtube.com

Kurz

Stadt Bern
Russische Bijouterie hat
Filiale in Bern eröffnet

Die russische Firma Sokolov Jewelry hat an der Marktgasse 9 ihren ersten eigenständigen Shop eröffnet - im Beisein des Berner Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät und des russischen Botschafters Alexander Golowin. Bisher gab es einen Shop-in-the-Shop im Loeb. Sokolov begann vor 20 Jahren als Familienbe-

trieb und ist heute laut eigenen Angaben Russlands grösster Schmuckproduzent. In Luzern gibt es ebenfalls ein Geschäft, aber noch nicht in Zürich. Der Schweizer Firmensitz von Sokolov befindet sich ebenfalls in Bern. (mdü)

BKW
Stromausfall in Jegenstorf
und Urtenen-Schönbühl

Rund 1500 Haushalte in den Berner Vortortsgemeinden Jegenstorf und Urtenen-

Schönbühl sind gestern kurz vor Mittag von der Stromversorgung abgeschnitten worden. Grund war ein Kabelschaden, wie die BKW mitteilte. Nach anderthalb Stunden war ein Grossteil der Kunden wieder versorgt. Auch ein Notstromdiesel kam zum Einsatz. (sda)

Öffentlicher Verkehr
Moonliner werden teurer

Nachtschwärmer müssen ab Mitte Dezember dieses Jahres für ihre späte Fahrt

etwas tiefer in die Tasche greifen, wenn sie mit dem öffentlichen Verkehr nach Hause fahren wollen: Die Tarife auf den Nachtbussen Moonliner werden um ein bis zwei Franken erhöht, wie die Betreiber gestern mitteilten. Es handle sich um die erste Preiserhöhung in der 17-jährigen Firmengeschichte, gaben die Betreiber zu bedenken. Inskünftig lasse sich sogar Geld sparen, denn mit der Mehrfahrkarte sei künftig jede sechste Fahrt gratis, hiess es im Communiqué weiter. (pd)

Anzeige

Falten?

Faltenunterspritzung und Lippenvergrößerung mit natürlichen Hyaluronsäure-Fillern von Juvéderm®.

Faltenbehandlung mit Botulinumtoxin.

Ab Fr. 190.--. Beratung und Nachkontrolle kostenlos.

Dr. med. Susanna Möhn
Novenia AG Fachpraxis
Spitalgasse 35 - 3011 Bern
031 311 27 77 - info@novenia.ch
www.novenia.ch

Prostituierten-
Mord vor
Obergericht

Der angeklagte Ivorer bestreitet, eine Prostituierte in Biel ermordet zu haben.

Der Bieler Prostituierten-Mord vom Oktober 2010 hat gestern das bernische Obergericht beschäftigt. Es muss den Entscheid des Regionalgerichts Berner Jura-Seeland überprüfen, das gegen den Beschuldigten wegen Mordes die lebenslange Verwahrung verhängt hat.

Das Regionalgericht hatte den Entscheid vom Mai vergangenen Jahres mit der Grausamkeit des Mordes begründet. Demnach hatte der Beschuldigte die Prostituierte mit Messerschnitten durch die Kehle geradezu exekutiert. Das Urteil lautete auf lebenslängliche Freiheitsstrafe und lebenslängliche Verwahrung. Der Angeklagte wurde des Mordes, des dreifachen qualifizierten Raubs, der qualifizierten Vergewaltigung und des Versuchs dazu für schuldig befunden.

Laut erstinstanzlichem Urteil hatte der Mann aus der Elfenbeinküste im Sommer und Herbst 2010 drei Bieler Prostituierte zur Herausgabe von Geld und Wertgegenständen gezwungen. Neben dem Raub kam es im ersten Fall zum Versuch der Vergewaltigung, im zweiten zur Vergewaltigung und im dritten zur Tötung.

Unschuld beteuert

Der heute 33-Jährige bestritt schon vor einem Jahr die Taten. Auch vor dem Obergericht beteuerte der Mann seine Unschuld. «Wenn ich es getan hätte, hätte ich mich dafür entschuldigt», sagte er. Er habe nie jemanden getötet. Vor seiner Einreise in die Schweiz sei er nie im Gefängnis gewesen. Hierzulande musste er bereits wegen Verstössen gegen die Aufenthaltsbestimmungen insgesamt 22 Monate ins Gefängnis.

Der Mann gab zu, Kontakte zu den Prostituierten gehabt zu haben. Zu den fraglichen Tatzeiten sei er aber an anderen Orten gewesen. Ausserdem habe er sich immer wieder in Frankreich aufgehalten. «Wenn ich hier ein Delikt begangen hätte, wäre ich nicht in der Schweiz geblieben, sondern nach Frankreich gegangen», sagte er.

Kritik an Gutachten

Sein Verteidiger kritisierte vor allem die Massnahme der lebenslänglichen Verwahrung. Für eine solche seien die Voraussetzungen nicht gegeben, sagte er. Infrage stellte er vor allem eines der zwei psychiatrischen Gutachten, die es für eine lebenslängliche Verwahrung braucht. Das zweite, kürzere Gutachten komme zwar zu einer ähnlichen Schlussfolgerung wie das erste, sei aber ungenügend argumentiert, so der Anwalt.

Im vorliegenden Fall bezeichneten beide Gutachten den Beschuldigten als Psychopathen, der kein Mitleid mit anderen Menschen verspüren könne. Das sei nicht behandelbar, und die Rückfallgefahr sei sehr gross. (sda)

Anzeige

«Weder unser Quartier noch Bümliz braucht eine Sonderzone.»

Jürg Weder
Präsident
Länggass-Leist

Nein Danke!
22. September
Zonenplan Riedbach